

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 51 (1957)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : Abschreckungswaffe? ; Zivilcourage tut not! ; Die Orientkrise ; Algerien - und die Folgen ; "Freie Welt" und Kommunismus
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-140170>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 14.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Abschreckungswaffe! Eines der eindrucksvollsten Dokumente zur Weltlage, die mir in den letzten Wochen zu Gesicht gekommen sind, ist die Note der Sowjetregierung vom 27. April an die Westdeutsche Bundesrepublik. Sie ist zwar nur ein weiteres Glied in der Kette von Noten, die Moskau an die Regierungen von Norwegen, Dänemark, Holland, England, Frankreich usw. in bezug auf die tödliche Gefahr eines Atomkrieges gerichtet hat, aber ihre Logik und Sprache ist in diesem besonderen Fall doch so machtvoll und das Zukunftsbild, das sie entwirft, so unheimlich, daß man meinen sollte, vernunftbegabte, ihrer Verantwortung bewußte menschliche Wesen könnten sich ihrer zwingenden Wirkung kaum entziehen. Sogar ein der Russenfreundschaft so wenig verdächtiger Politiker wie der Vizepräsident der deutschen Sozialdemokratie, Wilhelm Mellies, mußte bekennen: «Alles, was in dieser Note über die Atomgefährdung gesagt ist, kann Wort für Wort unterstrichen werden und ist die Bestätigung für unsere Konzeption. Wenn nicht das Steuer in entschiedener Weise herumgeworfen wird, gehen wir in den nächsten Jahren sehenden Auges auf den dritten Weltkrieg zu.»

Der Mann hat nur zu sehr recht. Dennoch tun fast alle Sprecher und Organe der westlichen Welt die Sowjetnote wie üblich als unverschämte Drohung, als plumpen Erpressungsversuch und einfältige Koexistenzpropaganda ab und fahren fort, die Bereitstellung von Kernwaffen, besonders von Wasserstoffbomben und Fernraketen, als das wirksamste Mittel zur Verhinderung eines dritten Weltkrieges zu bezeichnen, den sie sich nur in Gestalt eines sowjetisch-chinesischen Angriffs auf die «freien Nationen» vorstellen können. Namentlich die fortschreitende Umstellung der Kriegsrüstungen Großbritanniens und nun auch Westdeutschlands auf vorwiegend atomische Waffen wird mit der Behauptung begründet, beim Fehlen eines zuverlässigen Sicherheitssystems sei die Wasserstoffbombe eben das einzig Erfolg versprechende Abschreckungsmittel gegenüber der kommunistischen Weltgefahr.* Die britische Regierung anerkennt zwar in ihrem diesjährigen Weißbuch über den Stand der Landesverteidigung freimütig, «daß es gegenwärtig kein Mittel gibt, um die Bevölkerung unseres Landes gegen die Folgen eines Angriffs mit Kernwaffen angemessen zu schüt-

* Die Ausrüstung Westdeutschlands und anderer Länder mit amerikanischen Kernwaffen wird darum als so besonders dringlich erklärt, weil sonst die Sowjetunion in der Atomrüstung das Übergewicht in Europa bekäme. Kann man aber dieses Argument noch ernstnehmen angesichts der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten, wie uns immer und immer wieder versichert wird, allein von sich aus der Sowjetunion in bezug auf die Atomrüstung mehr als gewachsen seien und ohne weiteres imstand wären, die Sowjetunion sofort zu zerstören, falls sie es sich ein-

zen», und daß darum die **V e r h i n d e r u n g** eines Krieges wichtiger sei als seine Vorbereitung, kommt aber dann doch wieder zu dem Schluß, daß «die einzige bestehende Sicherung gegen einen großen Angriff in der Fähigkeit liegt, Vergeltung mit Kernwaffen anzudrohen.»

Natürlich ist in dieser immer und immer wiederholten Behauptung ein Stück Wahrheit enthalten. Aber es ist im besten Fall eine Halbwahrheit, und die ist stets gefährlicher als eine ganze Lüge, die eher als solche zu erkennen ist. Das H-Bomben-Argument ist ja doch nur eine neue Form des alten Volksbetrugs, der glauben machen will, daß der Frieden um so besser gesichert sei, je stärker man den möglichen Gegner mit eigenen Rüstungen einschüchtern und bedrohen könne. Solche Drohung und Einschüchterung mag eine Zeitlang tatsächlich wirken; Vernunft, Sittlichkeit und Erfahrung sollten nun aber doch allmählich hinlänglich klargemacht haben, daß es die Kriegsrüstungen in sich haben, zuletzt zwangsläufig zu ihrer praktischen **A n w e n - d u n g** zu führen, und daß es wirklichkeitsfremde Theorie ist, von ihnen die dauernde Nichtanwendung und bloße Abschreckung zu erwarten. Wie sollte das nicht erst recht von dem ungeheuren, noch nie dagewesenen Rüstungsapparat gelten, den das Gewaltdenken und der Machtwille in den letzten Jahren aufgebaut hat und der noch immer vollkommener und grandioser ausgestaltet wird! Das «nukleare Gleichgewicht», das heute zwischen Ost- und Westblock besteht, ist wahrlich eine mehr als nur labile Erscheinung; sobald das eine oder das andere Lager einen Vorsprung gewinnt, etwa durch Schutzmaßnahmen gegen Fernraketen, ist das Gleichgewicht zerstört und technisch der Krieg möglich. Dann wird die atomische Rüstung nicht mehr zur Abschreckung des Gegners dienen, sondern zum Versuch der Durchsetzung ultimativer Forderungen, die man ohne solche Überlegenheit dem andern nicht stellen dürfte. «Ich kann mir wohl eine Lage vorstellen, in der wir die H-Bombe als Drohmittel anzuwenden wünschen werden», sagte kürzlich der Labourabgeordnete (!) George Brown, der schon immer ein *Enfant terrible* seiner Partei war, im britischen Unterhaus. Und in Amerika wird prophezeit, etwa im Jahre 1959/60 würden die Vereinigten Staaten Raketen mit einer Tragweite haben, die von den Sowjetraketen bis dahin noch nicht erreicht sein werde. Was läge in diesem Fall näher, als den Vorsprung des Westlagers nun doch zur Durchsetzung jener Forderungen an die Sowjetunion auszunützen, die weder die berühmte «Eindämmungspolitik» der Regierung Truman-Acheson noch die «Zurückrollungspolitik» von Eisenhower und Dulles bisher zu erpressen vermochte?

fallen ließe, an irgendeinem Punkt zum Angriff überzugehen? Vollends unwahr und reinste Demagogie ist es, wenn im «Aufbau» (3. Mai 1957) Pfarrer Trautvetter behauptet, das Rezept, mit dem die Sowjetunion die Welt von der atomaren Sorge befreien wolle, sei «verblüffend einfach» und laute: «Wenn wir allein die nuklearen Waffen haben, und wenn ihr euch jedem Druck und jeder Drohung von unserer Seite unterzieht, dann könnt ihr euch einstweilen ziemlich sicher fühlen.» Mit solchen Mitteln wird in der «freien Welt» der Kalte Krieg geführt!

Zivilkourage tut not! Die Vorstellung, man könne durch Ausübung eines letzten, höchstgesteigerten Druckes mit überlegenen Kriegswaffen die Sowjetunion zur Kapitulation zwingen (und zugleich das kommunistische Regime in China zum Verschwinden bringen), spukt ja noch immer verhängnisvoll in den Köpfen der westlichen Staatsmänner und Militärs. Dies um so mehr, als die Krise des Weltkommunismus neuerdings besonders stark die Hoffnung angefacht hat, die politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Spannungen innerhalb des Sowjetreiches würden über kurz oder lang nun doch den **Zusammenbruch des Ostblocks** bewirken. Auf diese Entwicklung spekuliert man besonders auch in Westdeutschland, wo man sich darum konsequent weigert, für den Rückzug der Russen aus Ostdeutschland den Preis zu bezahlen, den Moskau verlangt: die politische und militärische Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands. Das einige Deutschland, als Glied des militärisch und wirtschaftlich «integrierten», mit Amerika eng verbundenen Westeuropa, werde, so glaubt man fest, ganz von selber kommen, wenn sich die Sowjetunion gezwungen sehe, ihre Satelliten freizugeben und sich selbst im westlich-bürgerlichen Sinn zu liberalisieren. Und Hugh Gaitskell, der britische Labourführer, scheint bei seinem jüngsten Besuch in Rom nichts Gescheiteres zu tun gehabt zu haben, als diesen Aberglauben durch eine öffentliche Erklärung vor der Presse noch zu nähren. Was Wunder, wenn vom amerikanischen Staatsdepartement aus unermüdlich versichert wird, man denke gar nicht daran, in Verhandlungen mit den Russen über den Rückzug der beidseitigen Streitkräfte aus Deutschland zu verhandeln, und lehne alle «Anbiederungsversuche» Moskaus nach wie vor glatt ab, da einzig die Verstärkung der militärischen Schlagkraft des Westbundes die Sowjetführer «zur Vernunft zu bringen» imstande sei.

Die Frage ist nur, wie und ob überhaupt der Westbund seine «Politik der Stärke» noch fortsetzen kann. Besonders schwierig daran ist hier **England**. «Großbritannien», so stellt der «New Statesman» (13. April) fest, «kann es sich nicht leisten, zugleich H-Bomben und die üblichen Armeen zu haben. Wir haben uns auf H-Bomben festgelegt; wenn wir also nicht Bankrott machen wollen, müssen wir an unseren konventionellen Waffen sparen.» Die Sicherheit Englands auf Atomwaffen zu gründen, sei aber, wie das Labourblatt fortführt, gefährlich und auf die Länge undurchführbar. «Die einzige Hoffnung für uns ist atomische Abrüstung... Zwar weiß tatsächlich niemand, was alles auf diesem Gebiet zu erreichen ist. Was wir wissen, ist nur, daß trotz allen ministeriellen Ausflüchten und frommen Plattheiten die Westmächte keinerlei ernsthaften Versuch gemacht haben, zu einer Vereinbarung mit den Russen über die Ausschaltung der Kernwaffen zu kommen.»

Westdeutschland wäre in dieser Beziehung besser daran, da ihm die Herstellung von eigenen Atomwaffen noch verboten ist

und es sich vorläufig mit der Übernahme amerikanischer Atomwaffen begnügen muß. Aber ganz offenbar steuert die Bonner Regierung doch zielbewußt auf die Bereitstellung von Kernwaffen als Hauptbestandteil ihrer Kriegsrüstung hin; die ebenso anmaßende wie schulmeisterliche Art, in der Herr Adenauer die achtzehn westdeutschen Physiker wegen ihrer Befürwortung eines Verzichts auf «Atomwaffen aller Typen» abkanzelte, läßt diese Entschlossenheit nur allzu deutlich erkennen, obwohl man genau weiß, daß Deutschland rettungslos verloren wäre, wenn es je zur Anwendung von H-Bomben in einem Zukunftskrieg käme. Und gleichzeitig hält man in Bonn auch noch an der Notwendigkeit eines gewissen Maßes von konventionellen Rüstungen fest, hat also nicht die Zivilcourage, die Wertlosigkeit, ja Gemeingefährlichkeit aller militärischen Rüstungen zuzugeben.

Und unsere Schweiz? Sie hat nicht einmal einen einzigen Physiker, der den Mut hätte, wie die westdeutschen Gelehrten zu erklären, daß ein kleines Land am besten seine Sicherheit gewährleisten und dem Weltfrieden dienen könne, wenn es sich keinerlei Atomwaffen, welcher Art auch immer, zulege. Dafür suchen dann unsere Politiker und Militärs das Volk mit der Versicherung zu beruhigen, daß es höchst wahrscheinlich niemals zu einem Krieg mit H-Bomben kommen werde (siehe zum Beispiel «Neue Zürcher Zeitung» Nrn. 469 und 904), während immer noch «kleine» Kriege möglich seien, auf die sich die Schweiz vorbereiten müsse – auch durch Anschaffung sogenannter taktischer Atomwaffen. Wo ist aber die Grenze zwischen «kleinen» und «großen» Kriegen? Droht heutzutage nicht jeder «kleine» Krieg (wie der Suezkrieg zeigte) in einen Weltkrieg umzuschlagen, der dann, wie die NATO-Generäle immer wieder feststellen, sofort mit strategischen Kernwaffen geführt würde? Lassen sich taktische Atomwaffen, die ja die gleiche Wirkungsstärke haben wie die auf Japan abgeworfenen ersten Atombomben, überhaupt «begrenzt» verwenden? Haben sie nicht zwangsläufig auch den Einsatz strategischer Atomwaffen zur Folge? Heißt das also nicht, daß eben – wie wir vorhin zu zeigen suchten – ein H-Bomben-Krieg doch sehr wohl möglich ist, ja durch das Wettrüsten mit Atomwaffen wie mit konventionellen Waffen in immer größere Nähe gerückt wird?

In der Tat beweist die ganze Art der schweizerischen Kriegsrüstungen – eingeschlossen der famose «Zivilschutz» –, daß wir uns in Wirklichkeit doch auf einen «großen», einen Atomkrieg einrichten und uns nur nicht einzugestehen wagen, daß beim Eintritt einer solchen Katastrophe unser ganzer Rüstungsapparat hoffnungslos versagen müßte. Ja, man sucht sogar – in recht eigentlich verantwortungsloser Weise – dem Volk einzureden, «eine mit ihrem gebirgigen Gelände verbundene Infanterie» wie die schweizerische vermöge, «falls ihre Moral aushält (!), noch zu kämpfen, wenn der apokalyptische Apparat des Nuklearzeitalters an Selbstzerstörung zusammengebrochen ist»... («Neue Zürcher Zeitung», Nr. 1146, Osterausgabe.)

Aber auch die populäre Begründung für unsere uferlosen Kriegsrüstungen geht ja doch immer von der angeblichen Gefahr eines russisch-kommunistischen Angriffes auf den Westen und auf die Schweiz aus. Man weiß also zum mindesten recht wohl, daß ein Krieg, der die Existenz der Schweiz bedrohen würde, kein «kleiner» Krieg sein könnte, sondern nur ein solcher zwischen den großen Weltblöcken, das heißt ein H-Bomben-Krieg, der auch den Ruin der Schweiz bedeuten müßte. Kurz, man arbeitet in der Rüstungspropaganda ständig mit dem Gespenst eines von Rußland ausgelösten Großkrieges und spiegelt dem Volk eine wirksame Landesverteidigung für diesen Fall vor, will aber unsere Rüstungen offiziell doch nur auf einen «kleinen» Krieg ausgerichtet wissen, weil man sich im klaren ist, daß die Schweiz einem Atomkrieg niemals gewachsen wäre. Widerspruch auf Widerspruch! Oder richtiger: Unwahrheit auf Unwahrheit! Und wiederum: ein Mangel an Tapferkeit und Mut, der uns noch das Leben kosten kann.

Aber was will man? Im Ausland steht es ja, wie gesagt, nicht besser. Die Sowjetführer schreiben sich fast die Finger wund, um die westliche Welt davon zu überzeugen, daß die Fortsetzung der Atomrüstungen Selbstmord im Kolossalstil wäre – und steigern doch ihre eigenen Atomrüstungen, mit dauernden H-Bomben-Versuchen, höher und immer höher. In der NATO aber weiß man genau, daß mit den höchstens dreizehn Landdivisionen, die die Westmächte in Europa zur Verfügung haben (fünf amerikanische, vier und bald nur zwei britische, zwei schwache holländisch-belgische, eine dänisch-kanadische und eine nur noch skizzenhafte französische) im Ernstfall nichts anzufangen wäre, auch wenn einmal noch die berühmten westdeutschen Legionen aufgeboten würden. Und doch zieht man nicht die Folgerungen aus diesem Wissen. Die NATO ist – wie in der Neuyorker «Nation» vom 13. April Paul Johnson bemerkt – «ein katastrophaler und kostspieliger Fehlschlag», ja sogar «das Haupthindernis für eine friedliche Regelung der europäischen Probleme». Sie habe, so stellt der englische Journalist fest, ihren Daseinsgrund längst verloren und sei nicht nur eine Zeitwidrigkeit geworden, sondern eine politische Verlegenheit. «... Obwohl die NATO abstirbt, tut sie das nur verstohlen und planlos... Wir scheinen vergessen zu haben, daß der ursprüngliche Zweck der NATO der Aufbau einer Stärkeposition war, die als Druckmittel bei einem allfälligen Kompromiß mit Rußland hätte verwendet werden sollen, daß also die NATO einfach Mittel zum Zweck war. Statt dessen ist sie nun Selbstzweck geworden, eine heilige Kuh, die um jeden Preis am Leben erhalten werden muß – zum mindesten dem Scheine nach.» Mit soviel Weisheit und Ehrlichkeit wird die Welt regiert!

Die Orientkrise Mittlerweile glauben die Anhänger der «Politik der Stärke», deren Werkzeug im Westen die NATO ist, wenigstens im O r i e n t einen Sieg ihrer Sache verzeichnen zu können, einen ersten Erfolg der Eisenhower-Doktrin. Zwar mußten die Vereinigten Staaten und die ganze UNO nochmals vor Ä g y p t e n zurückweichen, das nunmehr mit seinem Plan für den Betrieb des Suezkanals herausgerückt ist und damit auf keinen ernstern Widerstand stieß. Solange sich Washington weigert, mit Moskau das ganze Orientproblem zu bereinigen, ist auch gar nicht zu erwarten, daß Nasser irgendwie nachgibt, namentlich nicht in der Frage der freien Schifffahrt auch für Israel. Aber dafür haben die Vereinigten Staaten nun die Genugtuung, im Kampf um J o r d a n i e n eine Runde gewonnen zu haben, obwohl man besonders in Frankreich auch hier bereits eine Niederlage voraussah. Die Pariser «Débats» zum Beispiel – Nachfolger des einstigen hochangesehenen «Journal des Débats» – reduzierten (am 26. April) den neuen jordanischen Konflikt einfach auf einen Machtkampf zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland und behaupteten, es sei zur Erschütterung des Regimes von König Hussein nur darum gekommen, «weil man im letzten Jahr die Schlacht um Suez nicht zu gewinnen verstanden hat; diese Schlacht aber ging verloren, weil die Vereinigten Staaten ihre Verbündeten gegenüber der sowjetischen Erpressung nicht unterstützt haben.»

Tatsächlich liegen die Dinge erheblich anders. Jordanien ist in zwei scharf getrennte Volksteile aufgespalten: die Westjordanier sind eher städtisch-fortschrittlich und erstreben unter der Führung der in allen arabischen Ländern tätigen sozialistischen Baath-Partei die Vereinigung mit Syrien, während die Ostjordanier überwiegend rückständig-reaktionäre Beduinen sind und das feudale Königshaus unterstützen. Bei den letzten Wahlen haben nun die Westjordanier zum erstenmal eine Mehrheit in der Nationalversammlung gewonnen; die daraufhin gebildete Regierung Nabulsi kündigte den Vertrag mit Großbritannien, suchte finanzielle Hilfe bei Syrien, Ägypten und Saudiarabien und begann die innere wie die äußere Politik Jordaniens in fortschrittlichem Geist neu zu orientieren. Der Thron Husseins wankte bedenklich, aber eine militärische Gegenrevolution, die der König organisierte, stürzte das Kabinett Nabulsi und führte zur Bildung der sehr konservativen Regierung Khalidi – nicht zuletzt dank einer amerikanischen Flottendemonstration im östlichen Mittelmeer, die ihren Eindruck auf Syrien und Libanon nicht verfehlte und so mittelbar auch Jordanien unter Druck setzte. Die Vereinigten Staaten sind es auch, die nun dem Regime Hussein die von ihm verzweifelt benötigte Finanzhilfe leisten und so für einmal die alte Ordnung in Jordanien, ihrem jüngsten Satellitenstaat, wieder gerettet haben.

Für wie lange – das wird sich ja zeigen. Denn sowenig wie in Syrien, Irak usw. die Feudalklasse dauernd am Ruder bleiben kann,

sowenig wird das in Jordanien der Fall sein. Die jungen nationalistisch-fortschrittlichen Kräfte, die in allen arabischen Ländern am Werk sind und die Eisenhower-Doktrin leidenschaftlich ablehnen, werden früher oder später auch in Jordanien endgültig obenauf kommen – und das heißt, daß die amerikanische Politik in Vorderasien so ziemlich ausgespielt haben wird, mindestens in der Form des jetzt von ihr vertretenen Neukolonialismus. H. de Galard dürfte recht haben, wenn er im Pariser «Observateur» (25. April) feststellt, die Eisenhower-Doktrin erstrebe zwangsläufig die gleichen Ziele, gebrauche die gleichen Methoden und bediene sich der gleichen Männer wie die frühere Orientpolitik Englands und Frankreichs, über die man doch angeblich hinauskommen wolle. «Sie stellt sich als Werkzeug des Kampfes gegen die Sowjetunion dar. Sie treibt also diejenigen, die sich in den arabischen Ländern ihr als einer neuen Form des westlichen Imperialismus widersetzen, erst recht in die Arme der Russen . . . Ob man es nun will oder nicht: die Sowjetunion steht bereits im Mittelosten, und jetzt kann sich niemand mehr vorstellen, daß sie ihn freiwillig verläßt oder daß die arabischen Staaten, plötzlich von der Tugendhaftigkeit des Dollars überzeugt, sie zwingen werden, wieder fortzugehen.»

Das heißt aber, daß die Vereinigten Staaten, sofern sie nicht einen Krieg riskieren wollen, einfach keine andere Wahl mehr haben werden, als eine Gesamtverständigung mit der Sowjetunion auch über den Orient zu suchen. Nur in diesem Rahmen wird auch das schwere Problem I s r a e l zu lösen sein, wie wir schon mehr als einmal betont haben. Solange Amerika davon nichts wissen will, wird eben Moskau die arabischen Staaten und damit auch ihre israelfeindliche Politik blindlings unterstützen und dabei der mindestens passiven Mithilfe der afrikanisch-asiatischen Welt versichert sein. Wie man in dieser Welt Israels Lage und Aussichten beurteilt, mag aus einem Aufsatz hervorgehen, den in der «Monthly Review» (Aprilheft) ein junger Inder, K. B. Thakore, veröffentlicht. Israel, so erklärt er, werde von den asiatischen Völkern einfach als Eindringling betrachtet, der eine fixfertige westlich-industrielle Kultur in den Osten importiert habe und sich entscheidend vom amerikanisch-jüdischen Kapital aushalten lasse, also eine unabhängige Politik einfach nicht verfolgen k ö n n e. «Eins ist klar», so schreibt Thakore: «Israel kann keine Freunde gewinnen, wenn es seine gegenwärtige Politik fortsetzt. Für kleine Länder wie für die Riesenstaaten geht der Weg zum Frieden nicht über Militärapparate und Präventivkriege, sondern über gegenseitige Anpassung und Verhandlungsbereitschaft . . . Wir in Indien wünschen gewiß keine Vernichtung Israels. Wir glauben aber, daß die Israeli unter ihrer gegenwärtigen Führung sich selber den Untergang bereiten . . . Solange Israel den Schaden nicht wiedergutmacht, den es angerichtet hat, und nicht entschlossen von seinem bisherigen Weg abrückt, kann es kein Pardon von den arabischen Ländern und keine Tränen vom übrigen Asien erwarten.»

Ein hartes Urteil – aber enthält es nicht doch die sehr ernst zu nehmende Mahnung an Israel, jede Verbindung mit der nun einmal in Asien verhaßten westlichen Machtpolitik abzubrechen und sich mit aller Kraft für eine soziale Erneuerung ganz Vorderasiens – also für die Ausschaltung der ewig israelfeindlichen Feudalklassen in den arabischen Ländern – auf Grund einer Zusammenarbeit der Vereinigten Staaten mit der Sowjetunion einzusetzen?

Algerien – und die Folgen Sicher ist jedenfalls, daß die revolutionäre arabische Nationalbewegung weder mit oberflächlichen Reformen nach Art der «Punkt-Vier-Programme» der Vereinigten Staaten noch mit Subventionen und Bestechungsgeldern, wie sie an Saudiarabien, Jordanien und Irak ausgerichtet werden, noch gar mit offener militärischer Intervention eingedämmt oder unterdrückt werden kann. Im Mittelosten nicht und nicht in Nordafrika, am wenigsten in A l g e r i e n, wo die Franzosen ihre «Befriedungsaktion» mit erbarmungsloser Grausamkeit fortführen. Gerade während ich schreibe, wird wieder gemeldet, daß französische Truppen 66 «Rebellen» umgebracht hätten, zur Vergeltung für einen Hinterhalt, in dem 14 Franzosen getötet worden seien. Und ähnliche Berichte liest man in der Presse fast alle Tage. Aber mit den «Terroristen» wirklich fertig zu werden, sind die Franzosen heute noch weniger imstand als vor einem Jahr, trotz den periodischen Siegesfanfaren, die Robert Lacoste, der residierende Minister in Algerien – selbst nur ein Werkzeug der französischen Kolonisten und Geschäftsleute in Algerien – ertönen läßt, und trotz den pathetischen Beschwörungen des französischen Durchhaltewillens durch Guy Mollet, des gleichen Mollet, der noch im Dezember 1955 versichert hatte, wenn seine Partei an die Macht komme, so werde sie «mit diesem unsinnigen, ruinösen und mörderischen Krieg» in Algerien Schluß machen . . .

Es ist wahr, eine Welle des Protestes gegen den Algerienkrieg selbst und gegen die Greuel, die sich dabei – wie früher in Tunesien, Marokko, Madagaskar und Indochina – die französischen «Ordnungstruppen» ganz gewohnheitsmäßig leisten, geht gegenwärtig über Frankreich hin. Aber eine Wendung der Algerienpolitik zu bewirken, hat sie bisher in keiner Weise vermocht. Mollet holt sich immer wieder sein Vertrauensvotum in der Nationalversammlung, wenn er auch das letztemal nur gerade noch eine Mehrheit von 33 Stimmen zusammenbrachte. Und man kann nicht einmal sagen, daß sich die Regierung im Gegensatz zur Volksmehrheit befinde, ist es doch unleugbare Tatsache, daß, wie es der Suezkrieg war, so auch der Algerienkrieg in Frankreich recht eigentlich populär ist und zum mindesten keinerlei mitreißende moralische Abwehrbewegung erzeugt hat. Der unvernünftige Haß gegen alles Algerische, der auch in die Arbeiterbewegung hineinreicht und aller Klassensolidarität mit den Zehntausenden algerischer Proletarier in Frankreich selbst spottet, ist viel zu groß und der

Einfluß, den die erbittert gewalttätige französische Minderheit in Algerien auf die Bevölkerung und das Parlament des Mutterlandes ausübt, viel zu mächtig, als daß die Stimme der Vernunft und der Menschlichkeit dagegen aufzukommen vermöchte, so heillos der Algerienkrieg auch die französischen Staatsfinanzen zerrüttet. Dazu kommt, daß die neuentdeckten Ölvorkommen in der algerischen Sahara, die ertragreicher sein sollen als zum Beispiel die Ölquellen in Texas, die Phantasie vieler Franzosen stark beschäftigen und die Aussicht auf eine künftige Unabhängigkeit Frankreichs vom mittelöstlichen Petrol eröffnen.

So ist ein annehmbares Ende des Algerienkrieges vorerst überhaupt nicht abzusehen. Das Vertrauen der überwiegenden Mehrheit des algerischen Volkes zu Frankreich ist derart erschüttert, daß kaum eine andere Lösung des furchtbaren Konfliktes denkbar ist als die Herstellung der vollen nationalen Unabhängigkeit Algeriens, das höchstens noch, wie die britischen Dominien im Commonwealth, als gleichberechtigtes Glied neben Tunesien, Marokko usw. in einem allfranzösischen Staatenverband verbleiben könnte. Aber ist es dazu nicht auch schon zu spät? Viele Franzosen befürchten jedenfalls, die Brutalisierung der französischen Herrschaftsmethoden, die sich nun auch in Algerien so kraß offenbart, werde früher oder später zu irgendeiner Form von Faschismus auch im Mutterland führen. Jean-Jacques Servan-Schreiber, dessen aufsehenerregende Algerienberichte im «Express» ich schon in der letzten Weltrundschau erwähnte, läßt einen Algierfranzosen unverblümt sagen: «Was hier geschieht, geht nicht nur Algerien an, sondern Frankreich . . . Der Faschismus ist in seinen Anfängen nichts anderes als die Herstellung der Ordnung mit Gewalt – plus Propaganda . . . Was hier geschieht, wäre noch vor einem Jahr undenkbar gewesen. Und wenn die Franzosen geduldet, angenommen, gutgeheißen haben, was Sie jetzt hier sehen, werden Sie (zu einem hohen französischen Beamten gesprochen; H. K.) es auch in Frankreich sehen.» Worauf der Beamte erwiderte, wenn der Algerienkrieg verlorengehe, so werde das gedemütigte, verbitterte Frankreich sich erst recht dem Faschismus in die Arme werfen und gewaltsame Revanche suchen . . . Ist die französische Demokratie, ist der französische Sozialismus wirklich derart kraftlos und verdorben, daß es – so oder so – nur noch zu einem faschistischen Abenteuer im «Lande der Menschenrechte» kommen kann? Wir fragen es uns immer wieder mit Schmerz und Bangen.

„Freie Welt“ und Kommunismus Aber ist es wenigstens mit der amerikanischen Demokratie, die die Menschenrechte schon vor der Französischen Revolution verkündet hat und die sich heute als die gottgesandte Vorkämpferin des Freiheitsgedankens in der ganzen Welt ausgibt, ist es mit ihr denn irgendwie besser? Amerikanische Soziologen haben uns

ja immer wieder darauf aufmerksam gemacht, daß aus dem Lande Jeffersons, Lincolns und Wilsons längst etwas ganz anderes geworden ist, als diese wirklichen Vorkämpfer der Demokratie gewollt haben. «Die Wandlungen auf politischem Boden», so schreiben beispielsweise Helen und Scott Nearing in ihrem Buch «U. S. A. Today», «scheinen uns schon weit fortgeschritten zu sein auf dem Weg der Vereinigten Staaten von dem Modell, das den Gründern und ersten Leitern der Republik vorgeschwebt hat, zu einer faschistischen Gesellschaftsform», wobei sie unter Faschismus nicht das Terrorsystem gewisser Staaten verstanden wissen wollen, das wir kennen, sondern «dasjenige Stadium in der Entwicklung eines kapitalistischen Gemeinwesens, in dem es die Machthaber für notwendig erachten, jeden Anspruch auf freies Gewährenlassen preiszugeben und in den Händen einer einzigen, sich selbst verewigenden Profitmacherschicht die Herrschaft über Wirtschaft, Politik, Militär und den Nachrichten- und Beeinflussungsapparat zu befestigen».

Was bei diesem Vorgang noch von der Freiheit und dem Recht des Einzelbürgers übrigbleibt, geht vielleicht am besten aus einer amtlichen Quellensammlung hervor, dem «Handbuch der inneren Sicherheit», das der Senator Alexander Wiley mit einem Stab von Mitarbeitern kürzlich in verbesserter Auflage veröffentlicht hat. Die Herausgeber, so bemerkt dazu J. G. Sykes in der «Nation» (6. April), «haben alle Gesetze, Verordnungen und Anweisungen zusammengestellt, die die Begriffe Verrat, Kommunismus, Untreue und Umsturz umschreiben und mit Strafe bedrohen. Der sich daraus ergebende Katalog ist ein schaudererregender Band... der Bericht über eine allmähliche, schleichende, zuweilen unmerkliche Annäherung an das unerreichbare Ziel der totalen Sicherheit... Es (das Handbuch) erzählt die Geschichte einer echten Revolution und muß diejenigen ernüchtern, die da meinen, die Freiheit sei von einem Senator namens McCarthy zerstört und mit seinem politischen Abstieg wiederhergestellt worden... Wir begannen mit dem Verbot von Spionage und Verrat und landen jetzt bei der Bespitzelung von ‚Sympathisantenvereinigungen‘, der Ausfindigmachung kommunistenfreundlicher Signalanlagen und der Forderung unwandelbarer Staatstreue.»

All das im Zusammenhang mit der neuen Außenpolitik der Vereinigten Staaten, die sich die Liquidierung von Sozialismus und Kommunismus und die Sicherstellung der Welt für die «freie» (kapitalistische) Wirtschaft zum Ziel gesetzt hat.* Und die K o m m u n i s t e n

* Wie es auch unserem schweizerischen Bürgertum vorschwebt, ist man versucht beizufügen. Wie zeitgemäß ist doch, was Leonhard Ragaz im Aprilheft 1943 der «Neuen Wege» schrieb: «Unsere herrschenden Kreise machen sich freilich das Vergnügen, ihre ‚auswärtige Politik‘ in einer Kommunistenverfolgung gipfeln zu lassen, als ob wir noch in den Zeiten Mottas lebten. Das Verbot der Kommunistischen Partei und alles dessen, was auch nur von ferne mit Kommunismus zusammenzu-

helfen weiterhin wacker mit, diese Art Weltpolitik samt ihren innerpolitischen Wirkungen, die in allen westlichen Ländern zu verspüren sind, zu begünstigen und (scheinbar) zu rechtfertigen! Die Tragödie Ungarns hat ja – im ganzen genommen – nicht zu jener Läuterung der kommunistischen Bewegung geführt, die so dringend nötig gewesen wäre und die auch verschiedenorts so hoffnungsvoll zu beginnen schien. Typisch ist der vollständige Sieg der rechtgläubig-stalinistischen Parteileitung am jüngsten Kongreß der KP Englands, die seit letztem Herbst zwar 11 000 Mitglieder verloren hat – rund ein Drittel ihres Bestandes –, aber nun aufs neue ihre unentwegte Solidarität mit der Politik der Sowjetunion als oberste politische Richtlinie verkündet. In der Schweiz wird es am nächsten Parteitag der PdA kaum viel anders gehen. Und ähnlich steht's mit den französischen, den italienischen, den holländischen, den österreichischen usw. Kommunisten. Es ist überall dasselbe: man setzt Sowjetmacht und kommunistische Diktatur einfach mit sozialer Revolution gleich, Kritik an der Politik der Sowjetunion und Opposition gegen ein kommunistisches Gewaltregime aber mit Gegenrevolution – auch wenn ehrliche sozialistische Gesinnung dahintersteht. Und man erklärt jedes Mittel als gut, um die so verstandene Revolution durchzusetzen oder zu behaupten und die «Gegenrevolution» zu unterdrücken. Solange diese Denkweise und diese Praxis in der kommunistischen Bewegung Geltung hat, lähmt sie sich selber, setzt sie sich dauernd ins Unrecht, leitet Wasser auf die Mühle der wirklichen Gegenrevolution und verdunkelt das große Recht, das sie – besonders in den unterentwickelten Ländern – tatsächlich vertritt.

Darüber hinaus ist es freilich die grundsätzlich diesseitige, materialistische Lebensanschauung des Kommunismus, die unbedingte sittliche Wahrheiten und Werte leugnet, was das große Hindernis für die Anerkennung und Durchsetzung seiner berechtigten Anliegen darstellt. Daß er diese Lebensanschauung vom Bürgertum und von seiner Kultur übernommen hat, macht sein Verschulden nicht geringer – im Gegenteil: er will ja die Völker zu einer höheren Gemeinschaftsform führen, die auch eine der alten Gesellschaft überlegene Gesinnung und Gesittung benötigt, eine Gesinnung, die sich nicht einfach als Folge einer neuen Wirtschaftsweise von selber einstellt. Gerade in der schwierigen Zeit des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist es von entscheidendem Wert, wenn den Menschen als das Ziel des Sozialismus nicht nur die wirtschaftliche Besserstellung und der größtmögliche Lebensgenuß gezeigt wird, auch nicht eine oberflächliche humanistische Kultur, die in der täglichen Gewaltpraxis ja

hängen scheint, und allerlei anderes dieser Art ist schlechterdings als Verfolgung zu bezeichnen. Daß wir es, neben England, Rußland verdanken, wenn es noch etwas wie eine selbständige Schweiz gibt, und daß Rußland auf alle Fälle eine Macht sein wird, welche die Zukunft Europas wesentlich mitbestimmen wird, scheint diesen Leuten keine Gedanken zu machen.»

doch nicht wahrhaft lebendig werden kann. Nur wenn die Völker im Sozialismus vor allem eine gerechtere, freiere, brüderlichere Gemeinschaftsordnung sehen, halten sie durch, auch wenn es ihnen materiell vorerst nicht so gut geht, wie sie erwartet hatten; fehlt ihnen aber dieser innere, sittliche Halt, so bleibt der ganze Sozialismus für sie lediglich eine Geld- und Magenfrage – und dann rebellieren sie bei der ersten Gelegenheit oder drängen ins kapitalistische Ausland, wo sie es ja viel besser zu haben glauben als im kommunistischen Vaterland.

Den Geist eines Sozialismus, in dem ein zuchtvolles sittliches Ideal lebt, glaube ich sehr deutlich in China verspürt zu haben, das bei aller Interessengemeinschaft mit der Sowjetunion von Anfang an seine eigenen Wege im Aufbau der neuen Ordnung gegangen ist. Es überrascht darum auch nicht, daß sich China jetzt mehr und mehr zum Befürworter des Gedankens macht, den Ostblock in eine Art Staatenbund umzuwandeln, in dem die sowjetische Vorherrschaft durch eine Gemeinschaftsleitung ersetzt und die Grundlage der kommunistischen Regime durch volkstümliche Reformen bedeutend erweitert würde. Auffallend ist jedenfalls, daß die Erklärung, die am Schluß des Peking-Besuches des polnischen Ministerpräsidenten Cyrankiewicz veröffentlicht wurde, als erste derartige Kundgebung von Mitgliedern des Ostblocks jeden Hinweis auf eine führende Rolle der Sowjetunion vermieden hat. Und wenn Tschu En-lai in Bälde seinen Gegenbesuch in Warschau macht, so wird das bestimmt als Unterstützung des «revisionistischen» Kurses Gomulkas wirken, der ganz bewußt, wenn auch mit vielerlei Zugeständnissen an Moskau, von der Linie des orthodoxen Sowjetkommunismus abrückt. Wird dann schließlich Tschu En-lai auch noch in Belgrad Station machen, wie bereits angekündigt wird, so wird man das recht wohl als Stärkung auch des Kurses von Marschall Tito auslegen dürfen und als Zeichen, daß die «Achse Peking–Warschau–Belgrad» mehr ist als ein bloßes Schlagwort: ein realpolitisch sehr ernst zu nehmender Versuch, den internationalen Kommunismus aus Erstarrung und Dogmenglauben herauszuführen und ihn zu einer Kraft zu machen, mit der die wirklich der Freiheit ergebene Welt fruchtbar zusammenarbeiten kann.

Ein Anfang nur, gewiß, von dem, was wir an grundsätzlicher Wandlung vom Weltkommunismus fordern müssen. Aber doch in die rechte Richtung weisend und darum ein Grund zur Hoffnung in dieser Zeit, die des Glaubens an den endlichen Sieg der Lebenskräfte über die Todesmächte so sehr bedarf!

2. Mai

Hugo Kramer